„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—32 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF [illegible]
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint-stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Mehr deutsche Kulturpflege!

Der erste Deutsche Tag für Saskatchewan, der am 9. und 10. August in Regina stattfand, war nicht nur die größte Veranstaltung, die das Deutschtum von Saskatchewan jemals erlebt hat, sondern auch eine imposante und würdige Kundgebung des deutschcanadischen Geistes. Wie uns versichert wurde, hat der Deutsche Tag auch auf nichtdeutsche Kreise einen sehr günstigen Eindruck gemacht, was vornehmlich dem Umstande zuzuschreiben war, daß das vorbereitende und leitende Zentralkomitee sich mit Erfolg bemühte, die Feier im Rahmen der canadischen Gesetze zu halten und die „öffentliche Meinung", soweit nur irgend möglich, zu berücksichtigen. Dieses kluge Vorgehen wird gewiß in Zukunft gute Früchte tragen. Standen diesmal noch manche nichtdeutsche Mitbürger dem ersten Deutschen Tage mißtrauisch oder sogar mit einer stillen Angst gegenüber, so wird sie gewiß der geordnete und würdige Verlauf davon überzeugt haben, daß die Deutschcanadier keine Umstürzler und keine Staatsfeinde sind. Die Deutschcanadier haben vielmehr bewiesen, daß sie mit der Loyalität zum Souverän des Landes und mit der treuen Hingabe an Canada sehr wohl ihre kulturellen Ziele und Aufgaben als Menschen deutscher Abstammung zu verbinden wissen. Je fester sie auf dem Boden der canadischen Verfassung stehen, desto kräftiger können sie eintreten für die wertvollen Kulturgüter des deutschen Volkes, für Freiheit, Gleichberechtigung und gegenseitige Duldsamkeit. Denn nur auf dem Fundament dieser Prinzipien kann Canada gedeihen, können die nationalen und religiösen Minderheiten sich hierzulande wohl und zu Hause fühlen. Was für das Verhältnis zwischen Englisch-Canadiern und Französisch-Canadiern gilt, muß auch auf das Zusammenleben der übrigen Bevölkerungsgruppen Anwendung finden.

Wer den ersten Deutschen Tag für Saskatchewan in diesem Geiste auffaßt, darf mit Fug und Recht erwarten, daß die gewaltige Massenkundgebung des 10. August das Ansehen und die Geltung der Deutschcanadier im Westen bedeutend gehoben und gefördert hat. Unsere Pflicht wird es sein, den einmal beschrittenen Weg energisch und zielbewußt weiter zu wandeln, bis wir Deutschcanadier im öffentlichen Leben jene Stellung uns errungen haben, die uns auf Grund der glänzenden Leistungen unserer deutschen Pioniere, der hervorragenden geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Werte unseres Volkstums zukommt. Wir leben nicht in dem Irrwahn, als ob wir Saskatchewan beherrschen könnten, aber wir fordern als gute canadische Bürger bei gleichen Pflichten auch gleiche Rechte, was in der einstimmig angenommenen „Kundgebung" klar zum Ausdruck gekommen ist.

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt der „Kundgebung" ist die starke Betonung des Kulturellen. Sehr erfreulich war es und sehr dankbar begrüßt wurde es allgemein, daß auch der Ehrengast des Deutschen Tages, Herr Konsul Dr. Seelheim, sowohl in seiner Ansprache am Samstag abend als auch in seiner Festrede auf dem „Grand Stand" die Kulturaufgaben des Deutschcanadiertums nachdrücklich unterstrichen hat. Es sollte im Zeitalter des Minderheitenrechtes, des Völkerbundes usw. ja eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, daß die Kulturgüter eines jeden Volkes respektiert werden und unangetastet bleiben. Trotzdem kann es aber nicht oft und nicht kräftig genug hervorgehoben werden, daß es das natürliche Recht eines jeden Menschen ist, seine Muttersprache zu behaupten, die schönen Sitten und Gebräuche seiner Ahnen zu pflegen und die Kulturgüter seines Volkes zu schützen und zu erhalten. Wir Deutschcanadier haben in unserer Sprache, in unserer deutschen Literatur, Kunst, Musik und Technik so wunderbare und großartige Schätze, daß es ein Verbrechen gegen unser eigenes Fleisch und Blut wäre, wollten wir leichtsinnig darauf verzichten oder wollten wir diese hohen und heiligen Werte mit Füßen treten. Darum ist es nicht mehr als recht und billig, unter Einsatz unserer ganzen Kraft dahin zu wirken, daß durch Erteilung deutschen Sprachunterrichtes, durch Pflege des deutschen Volksliedes und Chorgesanges, durch deutsche Bibliotheken, Theateraufführungen und Konzerte, durch opferwillige Unterstützung unserer deutschsprachigen Presse usw. das geistige Leben unseres Volkes zu einem achtunggebietenden Ausdruck gelangt. Darin liegt keine Mißachtung oder Verachtung des Canadiertums, sondern im Gegenteil das ernsthafte und gutgemeinte Bestreben, das Schöne und Gute der deutschen Kultur zum Aufbau der zukünftigen canadischen Nation als Baustein beizutragen. Hier ist vor allem ein wichtiges Betätigungsgebiet unserer deutschcanadischen Vereine, die in Zukunft noch mehr als in der Vergangenheit sich ihrer kulturellen Aufgaben bewußt werden sollten.

Ein weiteres wichtiges Moment des ersten Deutschen Tages war die Erkenntnis, daß es noch eine deutsche Einigkeit gibt — trotz allem und allem. Wir mögen aus verschiedenen Herkunftsländern stammen, mögen verschiedener Konfession und verschiedenen Standes sein, aber wir haben mehr gemeinsam, als man mitunter zugeben möchte. Dieses erhebende Bewußtsein fand auf dem Deutschen Tag einen geradezu begeisterten Ausdruck. Hier schlang sich ein großes Bruderband um alle deutschsprechenden Canadier. Hier wurde das Fundament zu einem allgemeinen deutschcanadischen Bruderbund gelegt, ohne daß man deswegen einen neuen Verein gründen mußte. Es kommt dabei nicht so sehr auf die Aeußerlichkeiten und auf die Organisationsform an als vielmehr auf den Geist, der alle beseelt. Sind wir alle von dem ehernen Willen durchdrungen, uns immer enger und inniger zusammenzuschließen, uns gegenseitig in Not und Gefahr zu unterstützen, in gemeinsamen Fragen gemeinsam vorzugehen, so haben wir damit mehr erreicht, als wenn wir eine neue Organisation aus dem Boden stampfen wollten.

Der erste Deutsche Tag war zunächst nur ein großer Versuch, der aber vielversprechend für die Zukunft ausgefallen ist. Der nächste Deutsche Tag für Saskatchewan, der im kommenden Jahre 1931 in Regina stattfinden wird, soll das begonnene Werk krönen und zu einem Riesenerfolg führen. Das Zentralkomitee in Regina kann diese gewaltige Aufgabe nicht allein bewältigen. Es ist auf die treue und eifrige Mitwirkung seiner ehrenamtlichen Mitarbeiter in allen Teilen der Provinz Saskatchewan angewiesen. Mögen sich ihm noch recht viele Helfer freiwillig zur Verfügung stellen! Ja, möge jeder Deutschcanadier es sich jetzt schon zur Aufgabe machen, durch Propaganda und Aufmunterung die Vorbereitung des zweiten Deutschen Tages im Jahre 1931 zu unterstützen. Dann dürfen wir getrost die doppelte Teilnehmerzahl in Regina erwarten.

„Die deutschen Völker"

Der österreichische Bundeskanzler Schober hat bei seiner Anwesenheit in Berlin feinerzeit festgestellt, daß es ein deutsches Volk gebe, das in mehreren Staaten lebe. Damit hat er die Deutschen im Reich und in Oesterreich, vielleicht auch noch die Deutschen in Danzig gemeint. In Polen hat man nun die Entdeckung gemacht, daß es nicht ein deutsches Volk gebe, sondern „deutsche Völker" und zwar im Deutschen Reiche selbst. Die Bromberger Zeitung „Dziennik Bydgoski" gibt sich dazu her, folgende Fieberphantasien zu veröffentlichen, die von der „Deutschen Rundschau" in Bromberg mit Recht niedriger gehängt werden. Nach polnischer Ansicht zerfällt Deutschland in Völker, zwischen denen die gleichen Unterschiede bestehen, wie etwa zwischen Rumänen und Spaniern oder Rumänen und Franzosen. Der „blutgierige preußische Satrap" beherrscht z. B. ein plattdeutsch sprechendes zwanzig- oder dreißig-Millionenvolk (Ganz genau scheint der polnische Kenner des deutschen Volkes, der nach seiner Drohung seine Entdeckungen in der ganzen Welt verbreiten will, also doch nicht unterrichtet zu sein.) Der edle Pole will in einem künftigen Paneuropa diese unterdrückten Völker vom Joche Berlins befreien und mit Holland oder Belgien vereinigen. Außerdem wird zu erkennen gegeben, daß auch noch zahlreiche andere Völker wie die Ostpreußen, die Schwaben und die Bayern befreit und an andere Staaten angegliedert werden müssen. Denn Deutschland ist zurzeit ein „Ungeheuer", bewohnt von „Menschenfressern".

Die internationale Arbeitslosigkeit

Mit Ausnahme des im Wohlstand lebenden und von der deutschen Tributrente zehrenden Frankreich, das mit diesen Tributgeldern die größten Werke der Landesverteidigung und des Verkehrsausbaus bestreiten kann, leiden alle Großstaaten und eine große Anzahl mittlerer und kleinerer Staaten unter der Geißel der Arbeitslosigkeit. Am meisten sind die Staaten getroffen, in denen die Industrie überwiegt. Die Arbeitslosigkeit betrifft hier 5 — 8% aller Erwerbsfähigen. Je größer der Anteil der Industrie an der Volkswirtschaft ist, umso ausgedehnter ist die Arbeitslosigkeit. Auch die Vereinigten Staaten haben zurzeit etwa 2½ — 3 Millionen Arbeitslose. Die Verhältnisse in Rußland sind nicht zu übersehen, da die Sowjetgewerkschaften keinerlei Zahlen bekanntgeben. Es ist eine eigenartige Erscheinung, daß die wichtigsten Industrien in jedem Lande gemäß ihrer Größe das gleiche Kontingent an Arbeitslosen stellen. Am schwersten ist in allen Staaten das Baugewerbe getroffen, sodann die Textilindustrie und das Verkehrsgewerbe. In England leidet der Bergbau am meisten. Hauptursache der internationalen Arbeitslosigkeit ist wohl das beim Sinken der Kaufkraft in Erscheinung tretende Nachlassen der Aufnahmefähigkeit und die starke Vermehrung der Erwerbstätigen in Handel und Industrie, die im letzten Halbjahrhundert in Deutschland 150% beträgt. Auch die Rationalisierung hat zur Steigerung der Arbeitslosenziffer beigetragen.

Weltumschau

Die offene Wunde im deutschen Osten. Eine äußerst freimütige Rede, die Gottfried Treviranus, der Reichsminister für die besetzten Gebiete, gehalten hat, dürfte nach der Ansicht politischer Beobachter zu einer diplomatischen Kontroverse zwischen Deutschland und Polen führen. Treviranus sagte in seiner Rede: „Deutschland betrauert aus tiefstem Herzen die Zerstückelung der Weichselgebiete, die eine offene Wunde an der deutschen Seite im Osten darstelle."

Der Reichsminister sprach zu einer vieltausendköpfigen Menge vor dem Reichstagsgebäude anläßlich des zehnten Jahrestages der Abstimmung in Ost- und Westpreußen und erklärte, daß die Deutschen sich stets des unbilligen Druckes erinnern würden, der auf Präsident Wilson ausgeübt wurde um seine Zustimmung zu der unnatürlichen Abtrennung Ostpreußens zu gewinnen.

„Sie werden immer der unmöglichen Stellung gedenken, zu der man Danzig degradiert hat. Unsere Augen richten sich freudig auf die Gebiete, die man uns zurückgegeben hat, aber mit Trauer auf das deutsche Land, das uns heute verloren ist, das aber eines Tages wiedergewonnen werden wird." Treviranus bezeichnete Deutschlands Ostgrenze als „eine ungerechte Grenze unter fremder Herrschaft."

Der Sozialistenführer Stanczyk, ein Mitglied des polnischen Parlaments, erklärte in der Warschauer Zeitung „Robotnik", daß niemand in Polen, und besonders nicht die arbeitenden Klassen, jemals eine Verletzung der Grenzen Polens dulden würde, namentlich nicht eine solche des polnischen Korridors. Sein Artikel wird als eine offizielle Parteierklärung aufgefaßt. Eine Bedrohung des polnischen Korridors, sagte Stanczyk, würde Polen wirtschaftlich von der übrigen Welt abschneiden und ein Todesurteil gegen Polens Landwirtschaft und Industrie bedeuten. Die Pazifisten anderer Länder, fuhr er fort, klügeln Pläne aus zur Lösung des Korridor-Problems. Er beschrieb jedoch die Propaganda gegen den Weiterbestand des Korridors nach Deutschland nicht als ein Friedens- sondern als Kriegspropaganda.

Verfassungsfeier in Berlin. Am 11. August, dem elften Jahrestag der Reichsverfassung, prangten die Straßen der Reichshauptstadt im festlichen Flaggenschmuck, und der greise Reichspräsident von Hindenburg wurde von einer großen Feiertagsmenge, die in den Straßen auf den Beinen war, stürmisch begrüßt, als er zum Reichstag fuhr, wo das Plenum des Reichsparlaments versammelt war, um eine in den gegenwärtigen Zeitläuften besonders bedeutungsvolle Verfassungsfeier zu veranstalten.

Die eindrucksvollste Rede im Reichstagssaale hielt bei dieser Verfassungsfeier der Reichsminister des Innern, Dr. Josef Wirth. Er betonte, indem er Wilsons bekanntes Wort aus der Weltkriegszeit zitierte, daß Deutschland „für die Demokratie gesichert" sei. Aber er wies gleichzeitig darauf hin, daß die Nachwirkungen des Vertrages von Versailles dem deutschen Reiche noch immer wie ein Pfahl im Fleische stecken und die offen gebliebenen Wunden daher noch weiter schwären. Die wirtschaftliche Notlage Deutschlands beschönigte der Redner nicht, sondern gab zu, daß sie akut geworden sei, aber die Republik, sagte er, sei dadurch nicht erschüttert worden, sondern stehe fest auf der Grundlage der freien Reichsverfassung. Scharfe politische Gegensätze gäbe es wohl innerhalb des deutschen Reiches, aber das sei durch das Uebermaß erklärlich, bis zu welchem der Deutsche die Wahrung seiner Individualität und individuellen Gesinnung treibe. Den Fortbestand der Republik werde das nicht anfechten. Denn Deutschland unter seiner republikanischen Regierung könne sich rühmen, das freieste Land der Welt zu sein.

Im weiteren Verlauf seiner Rede schlug der Minister einen recht ernsten Ton an, als er auf die Diktaturbestrebungen zu sprechen kam, welche namentlich unter der Jugend Deutschlands Boden zu gewinnen im Begriffe ständen. Er führte der werdenden neuen Generation Deutschlands warnend zu Gemüte, daß der Rechtsradikalismus nirgendwo von Dauer gewesen ist oder Gutes geschaffen hat.

Der nächste Redner war der Reichskanzler Heinrich Brüning, der mit großer patriotischer Begeisterung der Befreiung des Rheinlands gedachte.

Der Reichspräsident von Hindenburg hörte die beiden Ministerreden mit sichtlicher Anteilnahme an, dann verließ er den Sitzungssaal, um vor dem Reichstagsgebäude die Parade einer Ehrenkompagnie Revue passieren zu lassen. Vom Platz der Republik, wie der ehemalige Königsplatz jetzt heißt, an dem das Reichstagsgebäude liegt, fuhr Hindenburg sodann zum Anhalter Bahnhof, um seine Ferienreise nach Dietramszell in Oberbayern anzutreten, wo der rüstige Greis noch alljährlich im Lodenanzug und Jägerhut auf Gebirgspfaden dem Waidwerk nachzugehen pflegt. In Berlin wurde am Abend in seiner Abwesenheit die Verfassungsfeier fortgesetzt. Es fanden ein Musikfest im Sportpalast und ein großer Fackelzug statt.

General Reinhardt gestorben. General Walther Reinhardt, der erste Kriegsminister Preußens nach dem Umsturz und spätere Chef der Heeresleitung, ist im Alter von 58 Jahren verstorben. Er wurde am 24. März 1872 in Stuttgart geboren und begann seine militärische Laufbahn nach Absolvierung der Kadettenanstalt im Grenadier-Regiment Königin Olga. Der aus dem württembergischen Armeekorps hervorgegangene General hat seine glänzende Laufbahn hauptsächlich im Generalstab zurückgelegt. Während des Krieges war er zunächst Chef des Stabes des XIII. Armeekorps. Nach kurzer Regimentsführung, während der er sich den Orden Pour le Merite erwarb, wurde er zum preußischen Kriegsminister ernannt. Als solchem fiel ihm die schwierige Aufgabe der durch das Feindesdiktat erzwungenen Auflösung des alten preußischen Heeres zu.

Bei Bildung der Reichswehr wurde General Reinhardt Komandeur der 5. Division in Stuttgart und Landeskommandant in Württemberg. Im Dezember 1924 erhielt er das Kommando der Gruppe 2 in Kassel. Als General Heye, der Chef der Obersten Heeresleitung, seine Besuchsreise nach Amerika unternahm, wurde General Reinhardt von dem damaligen Reichswehrminister Dr. Geßler mit der Vertretung beauftragt.

Oesterreichs Monarchisten in Innsbruck. 240 Vertreter der bayerischen Kriegervereine unter Führung eines bayerischen Reichswehrgenerals, Generalmajor von Thenfohn, nahmen an einer Kundgebung der monarchistischen Oesterreicher in Innsbruck teil, welche mehr als 5000 Personen, größtenteils Tiroler, auf die Beine brachte. Es handelte sich um die Einweihung der Kapelle in der Nähe von Innsbruck, welche dem verstorbenen Kaiser, Franz Joseph gewidmet ist, dessen 100. Geburtstag gefeiert wird. Drei Erzherzöge, zwei Erzherzoginnen und viele Generäle des einstigen K. K. Heeres Oesterreichs, sowie Vertreter des Hochadels und einstige hohe frühere K. K. Beamte erschienen zu der Kapellenweihe.

Im geselligen Kreise brachten die Erschienenen Trinksprüche auf die Wiederherstellung der Monarchie aus und taten ganz so, als ob dies von ihnen schnlichst erwartete Ereignis, das mit dem Umsturz der Republik verknüpft sein müßte, kaum mehr als ein Jahr lang auf sich warten lassen könne. Einstweilen scheinen die gegenwärtigen Machthaber der Republik Oesterreich an derartigen Massenkundgebungen der Monarchisten keinen Anstoß zu nehmen: sie lassen die Habsburg-Anhänger und sogar die Habsburger selbst ruhig gewähren. Nur dem Erzherzog Eugen versagten die österreichischen Behörden die Erlaubnis, zu der Kapellenweihe nach Innsbruck zu kommen, weil er der einzige Habsburger ist, der unentwegt Anspruch auf den Titel „Kaiserliche Hoheit" erhebt und den Gesetzen der Republik zum Trotz kein schlichter bürgerlicher „Habsburg" werden will, wie es die anderen früheren Erzherzöge getan haben.

Wird Otto König von Ungarn? Aus Tihany in Ungarn wird berichtet von einer Gedächtnisfeier für den verstorbenen früheren Kaiser Karl von Oesterreich, bei der hervorragende ungarische Monarchisten den Schwur ablegten, Erzherzog Otto ohne Verzug auf den Thron zu setzen. In der alten Benediktinerabtei von Tihany verbrachte der verstorbene Kaiser nach dem Fall seiner Dynastie mehrere Tage als ungarischer Gefangener. Die Gedenkfeier galt sowohl dem kommenden 100. Geburtstag von Kaiser Franz Josef wie der Gefangensetzung seines Nachfolgers.

In dem Raume, in dem Karl mit seiner Gattin Zita die letzten Tage in Ungarn verbrachte, legte Graf Adolar Zichy, der Führer der Monarchisten, die feierliche Erklärung ab, daß „Ungarn das an Karl begangene Verschulden gutmachen werde, indem es seinen Sohn, Erzherzog Otto, unverzüglich auf den Thron setzen werde." Der Graf schloß seine Erklärung mit dem dreimal wiederholten Ruf: „Wir schwören es!" An der Feier nahmen auch die in Budapest lebenden Erzherzöge Josef und Josef Franz und eine Delegation von Monarchisten aus Oesterreich teil. Anschließend wurde ein prachtvolles Denkmal für Karl enthüllt.

Attentatsversuch in Rumänien. Aus Rumänien wird berichtet, daß ein Versuch gemacht wurde, den Chef der Geheimpolizei, Victor Cadere, zu ermorden, der von König Carol beauftragt worden ist, die Ursache der kürzlichen antisemitischen Agitation zu untersuchen. Während Cadere auf der Fahrt von Bukarest im Speisewagen saß, feuerte ein Regierungsbeamter namens Iunescu mehrere Revolverschüsse auf ihn ab, die jedoch alle ihr Ziel verfehlten. Iunescu wurde verhaftet. Die Gründe für das versuchte Attentat sind noch nicht festgestellt worden. Man glaubt jedoch, daß der Anschlag mit Caderes Kampf gegen den Antisemitismus in Zusammenhang zu bringen ist.

Der Anschlag Iunescus erinnert an das versuchte Attentat des antisemitischen Studenten George Beza auf Dr. Konstantin Angelescu, den stellvertretenden Innenminister. Dr. Angelescu wurde im Innenministerium angegriffen. Antisemitische Agitatoren haben in der letzten Zeit Todesdrohungen gegen Justizminister Iunian und andere hohe Regierungsbeamte gemacht.

Die Leitung der rumänischen Staatsbahnen in Bukarest gab bekannt, daß in Rumänien fünf Versuche gemacht wurden, Eisenbahnzüge zur Entgleisung zu bringen. Es kam niemand zu Schaden, doch wurde eine Anzahl von Wagen schwer beschädigt. Die Geheimpolizei hat eine Untersuchung eingeleitet.

Sowjet-„Warnung" an Ver. Staaten. Die Moskauer „Prawda" erklärt in einem Leitartikel, die gegenwärtigen Handelsbeziehungen der Sowjet-Republik mit den Ver. Staaten könnten nur dann fortgesetzt werden, wenn wirkliche Garantien dafür gegeben würden, daß „Ueberraschungen", wie sie in der Vergangenheit üblich waren, in Zukunft aufhörten. Das Blatt bezweifelt die Möglichkeit normaler Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern „angesichts der Ungewißheit und dem Mißtrauen, die durch die Anti-Sowjetkampagne geschaffen wurden."

„Erfolgreiche Handelsbeziehungen sind in einer feindseligen Atmosphäre unmöglich," schreibt das Blatt, „wenn die elementaren Erfordernisse internationaler Beziehungen verletzt werden." Die kürzlich erfolgte Verhängung eines Einfuhrverbots auf russisches Bauholz in den Ver. Staaten, wird als Teil der gegen Sowjet-Rußland gerichteten Intrigen bezeichnet. Eine kleine Gruppe amerikanischer Kapitalisten, sagt die „Prawda", ginge in ihrem Haß gegen das kommunistische Rußland so weit, daß sie selbst ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen außer Acht ließen.

Italien.-russ. Handelsvertrag. Der Handelsvertrag zwischen Italien und der Sowjetregierung, der in Rom unterzeichnet wurde, hat in der italienischen Geschäftswelt allgemein Beifall gefunden. Es wurde bekannt gegeben, daß der Vertrag nicht nur die in den letzten zwei Jahren aufgebauten Handelsbeziehungen befestigt, sondern auch günstige Bedingungen für eine ausgedehnte Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen in der Zukunft schafft.

Hilfskommissar Liubimmow vom Sowjetamt für auswärtigen Handel, der das Abkommen für Rußland unterzeichnete, erklärte den Pressevertretern in einem Interview, daß Rußlands Einkäufe in Italien im letzten Jahre um die Hälfte gestiegen seien und auf Grund des neuen Vertrages in den nächsten zwölf Monaten auf das Doppelte anwachsen sollten.

Britischer „Reichsfreihandel"? Die englische Presse ist nahezu übereinstimmend der Ansicht, daß vielleicht der wichtigste Verhandlungsgegenstand auf der kommenden britischen Reichskonferenz die Erwägung des Vorschlages für den allbritischen Zollverein sein werde. Einige der Blätter, die noch immer zur Fahne des Freihandels schwören, meinen, daß Reichsfreihandel für die praktische Politik eigentlich eine plausible und populäre Umschreibung ausgesprochener schutzzöllnerischer Ziele sei und daß mit dem Uebergreifen der Hochschutzzollwelle von Amerika auf England die letzte große Zitadelle des Freihandels fallen werde. Andere Blätter erklären, daß das abstrakte Freihandelsdogma mit Rücksicht auf die Sachlage in der Weltwirtschaft einer Revision bedürfe und daß England auf dem bisherigen Pfad nicht weitergehen könne. Diese Zeitungen schreiben, „daß nur noch naive oder verbohrte Dogmatiker inmitten des stürmischen Tempos moderner Entwicklung noch an die makellose Reinheit der Freihandelslehre glauben." Man weist darauf hin, daß außerdem die Wirren im Fernen Osten, die russische Revolution, die Unruhen in Indien und Aegypten, sowie die Industrialisierung und Schutzzollbewegung der Dominien die englische Industrie einer Reihe wichtiger Märkte beraubten.

„Daily Herald", das Organ der regierenden Arbeiterpartei, meldet, daß einzelne Minister den Gedanken in Erwägung gezogen haben, bei der bevorstehenden Reichskonferenz einen allgemeinen Einfuhrzoll von 10 Prozent vorzuschlagen, aber im Handelsverkehr mit den Dominien einen geringeren Zollsatz festzusetzen. Dieser Plan wurde nach Erklärung des „Daily Herald" den Ministern von H. D. Henderson, dem Chef des Wirtschaftsbeirates der Regierung, vorgelegt, ist aber in Kabinettssitzungen noch nicht zur Erörterung gekommen.

Es lassen sich immer mehr die Züge einer großen nationalen Bewegung erkennen, die sich auf alle Parteien Großbritanniens erstreckt und deren Ziel zu sein scheint: 1. gegenseitige Handelsabkommen zwischen den Staaten des britischen Reiches zur Sicherung und Ausdehnung der Märkte für britische Waren abzuschließen und 2. auf die Einfuhr aus anderen Ländern Zölle aufzuerlegen, um die Industrien des britischen Reiches zu schützen.

Vor einer Hungersnot in Sibirien. Millionen von Ratten und anderen Nagetieren kommen seit einiger Zeit über die sibirische Grenze und richten große Verwüstungen in der Mongolei und der Mandschurei an. Diese Wanderung erklärt besser als alles andere die wirklichen Gründe — Hunger und Elend — für die kürzlichen Aufstände gegen die Sowjetherrschaft in den sibirischen Distrikten Ussuri und Amur. Sie ist ebenfalls der Vorläufer einer schrecklichen Hungersnot, die jetzt bereits für den kommenden Herbst und Winter prophezeit wird.

Die Ratten ziehen südlich an dem Grenzfluß Argunn entlang und nähern sich der mandschurischen Stadt Dschalainor. Ihre Vorhut ist bereits etwa 30 Meilen von Chailar gesehen worden, das nahezu 300 Meilen von der mandschurisch-sibirischen Grenze entfernt liegt. Nur wenige Distrikte an der Grenze sind der Rattenplage entgangen. Hunderte von Aekern Getreide, die dicht vor der Ernte standen, sind von den Nagern zerstört worden und verschiedene Männer und Frauen, die von den Ratten schwer gebissen wurden, sollen gestorben sein.

Die Bauern haben bei ihrem Kampfe gegen die Nager Gras und Unterholz und selbst die Kornfelder in Brand gesetzt. Tausende und Tausende von Ratten sind dabei getötet worden, aber immer neue Scharen kommen über die Grenze. Die städtischen Behörden von Chailor bereiten einen Kampf gegen die Plage mit Giftgasen vor. Ebenso planen sie die Erregung einer sich schnell verbreitenden Epidemie unter den Tieren.

Endlich

Seit Jahren wird von der deutschen Bevölkerung der in der Südsteiermark liegenden Stadt Cilli, die jetzt zum slowenischen Teil des südslawischen Staates gehört, ein Rechtskampf um den Besitz des „Deutschen Hauses" geführt. Das Deutsche Haus gehörte früher dem Oesterreichischen Schutzverbande Südmark und war mit den von diesem Verbande gesammelten Geldern gebaut worden. Das Haus ging nach dem Wechsel der Staatsangehörigkeit in den Besitz des dann im Jahre 1919 aufgelösten Kulturvereins über. Von der Südmark war bei Gründung des Deutschen Hauses gesetzlich festgelegt, daß bei irgend einer Besitzveränderung das Haus wieder der Südmark zufallen sollte. Die südslawischen Gesetze haben sich nicht an diese Bestimmungen gehalten, haben das Haus enteignet und es einer slowenischen Organisation überantwortet. Das Ungeheuerlichste bei dieser „Rechtsentscheidung" war die Begründung, daß die bisherige Zweckbestimmung des Hauses, d. h. die Besitzangehörigkeit an einen deutschen Kulturverband, als unmoralisch zu bezeichnen sei. Nun hat sich die deutsche Minderheit endlich dazu entschlossen, den Völkerbund zur Entscheidung anzurufen. Man kann darüber im Zweifel sein, ob sich zur Erledigung dieser vorwiegend juristischen Frage der Völkerbund oder der Internationale Gerichtshof eher eignet. Von grundsätzlicher Bedeutung ist aber die Tatsache, daß die deutsche Minderheit in Südslawien zum ersten Mal sich beschwerdeführend an eine internationale Organisation wendet. Nicht die Lage dieser Minderheit, die zurzeit vielleicht trostloser ist als die der Südtiroler unter italienischer Herrschaft, sondern das Bestreben, solange als irgend möglich mit der Staatsleitung im guten sich zu einigen, hat die Deutschen Südslawiens bisher von einer Beschwerde abgehalten. Es wäre angebracht, daß die Deutschen Südslawiens nicht nur diesen mehr juristisch zu wertenden Einzelfall, sondern die Nichteinhaltung der Minderheitenverpflichtungen überhaupt, die völlige Nichtbeachtung der an den Diktator Schikowitsch gerichteten Beschwerden zum Gegenstand einer großen Aktion machen würden. Wohl kaum eine Minderheit in Europa hat ein so umfangreiches und lückenloses Beweismaterial für die Verletzung der elementarsten Minderheitsverpflichtungen des Staates.

„Verlorene Liebesmüh"

Unter dieser Ueberschrift befaßt sich die Eupener Zeitung in einem längeren Aufsatz mit den Stimmen, die aus Anlaß der Unabhängigkeitsfeier Belgiens um Eupen-Malmedy laut werden. Es heißt dort unter anderem:

„In diesen Tagen, wo die belgische Unabhängigkeitsfeier ihren Höhepunkt erreicht, bemüht man sich von gewisser Seite, zu beweisen, daß auch Neubelgien Grund habe, das belgische Jubiläum mit aufrichtiger Sympathie mitzufeiern. Ein solches Bemühen ist natürlich vergeblich. Abgesehen von allem andern wäre es wider die Natur und würde es der gesunden Vernunft widersprechen, bei der Bevölkerung Eupen-Malmedy eine wirkliche Anteilnahme an der belgischen Freiheits- und Unabhängigkeitsfeier finden zu wollen. Einerlei, in welchem politischen Lager der einzelne auch stehen mag, für den geborenen Belgier mag es gewiß eine Ehre sein, Belgier zu sein. Er hat Grund, sein Vaterland zu preisen und die Hundertjahrfeier mit Begeisterung zu begehen. Für uns Eupen-Malmedyer war es eine unverdiente Schmach, wider das Recht der Natur und ohne die Möglichkeit einer freien Meinungsäußerung zu belgischen Staatsbürgern gemacht zu werden. Die Erinnerung an diese Schmach ist noch keineswegs erloschen. Heute noch gibt es in Eupen-Malmedy, abgesehen vielleicht von einigen ausgemachten Renegaten, keinen Neubelgier, der, ganz vulgär ausgedrückt, „gern" Belgier ist. Alle fühlen sich als „Belgier wider Willen", und die überwältigende Mehrheit sehnt den Tag herbei, der sie von der Fremdherrschaft befreit. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß die neubelgischen Bürgermeister, mit einigen Ausnahmen, am 21. Juli an dem Festessen in Brüssel und an anderen Festlichkeiten teilgenommen haben. Sie haben für ihre Person gehandelt und sind sich darüber klar, in diesem Fall nicht Dolmetscher der Bevölkerung zu sein. Unser Vaterland ist Deutschland. Das ist das Land, von dem man uns gegen unseren Willen getrennt hat und das wir nicht aufhören werden zu lieben.

— Wenn wir Deutschcanadier im öffentlichen Leben als maßgebender Faktor zur Geltung kommen wollen, müssen wir wie auf dem ersten Deutschen Tag für Saskatchewan als geschlossene und einige Masse mit gemeinsamen Zielen auftreten.